

Pflegekammer rennt dem Geld hinterher: Tausende Kranken- und Altenpfleger zahlen nicht

Die 43.000 rheinland-pfälzischen Kranken- und Altenpfleger haben seit einigen Jahren eine eigene Berufsvertretung. Das Problem: Viele zahlen keinen Mitgliedsbeitrag, obwohl sie müssten. Nicht zum ersten Mal steht die Pflegekammer in der Kritik.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Die rheinland-pfälzische Pflegekammer hat offenbar hohe finanzielle Außenstände, weil einige Tausend Kranken- und Altenpfleger keine Pflichtbeiträge zahlen. Der Bundesverband für freie Kammern (bffc) spricht von insgesamt knapp sechs Millionen Euro, die der Kammer seit ihrer Gründung im Jahr 2016 bis zum Jahr 2020 vorenthalten worden seien. Das sei mehr Geld, als die Landespflegekammer in diesem Jahr an Beitragseinnahmen erwarte, so die bffc. „Die sind unfähig, von allen ihren Mitgliedern Beiträge zu erheben und haben inzwischen Außenstände im fast achtstelligen Bereich“, meint bffc-Geschäftsführer Kai Boeddinghaus. Ein Sprecher der Landespflegekam-

mer wies die Vorwürfe zurück. Die von den Kammerkritikern genannten Zahlen bezögen sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren. Dabei handele es sich um Fälle, in denen die Beitragspflicht ausgesetzt worden sei, beispielsweise wegen Elternzeiten, längerer Krankheit oder Falschregistrierungen. Laut Kammer-Sprecher Saman Falahat sind die Daten seit zwei Jahren bereinigt und die Zahlen von nicht geleisteten Beitragszahlern stetig rückläufig.

Die rheinland-pfälzische Pflegekammer wurde vor sechs Jahren gegründet. Sie ist die gesetzliche Berufsvertretung von rund 43.000 Kranken- und Altenpflegern im Land. Die Mitgliedschaft in der Kammer ist für die Pfleger verpflichtend. Der jeweilige Beitrag ist abhängig vom Bruttoeinkommen. Jedes Mitglied muss sich dazu in eine von sieben Beitragsklassen einstuft.

Wer unter 500 Euro monatlich verdient, zahlt 30 Euro im Jahr, wer mehr als 5500 Euro bekommt, zahlt jährlich 300 Euro. Nach früheren Angaben der Pflegekammer ist das Gros der Mitglieder mit einem monatlichen Einkommen zwischen 2500 und 4500 Euro in der Beitragsklasse fünf eingruppiert. In dieser Klasse beträgt der Jahresbeitrag 117,60 Euro.

Laut einer unserer Redaktionen vorliegenden Auflistung der Pflegekammer sollen im Jahr 2020 rund 18.000 der 43.000 Mitglieder ihren Beitrag



Die Zahlungsmoral unter den 43.000 Pflichtmitgliedern der rheinland-pfälzischen Pflegekasse hält sich offenbar in Grenzen.

SYMBOLFOTO: DPA

gar nicht oder nur zum Teil bezahlt haben. Die noch offenen Außenstände wurden in dem Jahr auf über 1,6 Millionen Euro beziffert. Wegen der BeitragsEinstufung hatte es schon in der Vergangenheit Ärger gegeben. Nach Angaben des Bundesverbands der freien Kammer waren zuletzt nun

mehrere Pfleger vors Koblenzer Verwaltungsgericht gezogen, um ihre Beitragsbescheide anzufechten. Sie argumentierten nach Angaben der Kritiker – unterstützt von einer Montabaurer Kanzlei – mit einer angeblich zu hohen Rücklagenbildung der Kammer. Offensichtlich erfolgreich. Nach

Hinweisen des Gerichts seien die Beitragsbescheide für die Kläger jetzt aufgehoben worden, so die bffc. Die Kammerkritiker um Geschäftsführer Kai Boeddinghaus sehen darin einen neuerlichen „schlimmen Schiffbruch der rheinland-pfälzischen Pflegekammer“.

Die insgesamt fünf Kläger gegen die Beitragsbescheide sind damit fein raus. Aber was ist mit den bislang artig zahlenden übrigen Mitgliedern? Bekommen auch sie nun zumindest einen Teil ihrer Beiträge zurück? Nein, meint der Sprecher der Landespflegekammer auf Anfrage unserer Redaktion. Die Entscheidungen wirkten sich nicht auf bestandskräftige Beitragsbescheide oder die Beitragspflicht als Ganzes aus. Seit Gründung der Kammer vor sechs Jahren hätten rund 100 der 43.000 Mitglieder gegen ihren Beitragsbescheid geklagt. „Eine erntzunehmende, aber an der Gesamtanzahl der Mitglieder doch geringe Anzahl an Verfahren“, meinen die Kammer-Verantwortlichen.

Keinesfalls gering ist dagegen die Zahl der Alten- und Krankenpfleger im Land, die – aus welchen Gründen auch immer – überhaupt keinen Kammerbeitrag zahlen. Selbst wenn die von den Kritikern genannten Zahlen zu hoch gegriffen wären, räumt die Pflegekammer selbst ein, dass in den Jahren 2016 bis 2020 nahezu jedes zehnte Mitglied keinen Beitrag gezahlt hat. Das wäre schon eine entzwehmende Nichtzahlerquote.

Das scheinen auch die Kammerverantwortlichen selbst so zu sehen. Auf Anfrage unserer Redaktion hieß es, dass bestehende Außenstände mittlerweile „falls nötig konsequent beigetrieben“ würden.

Raserprozess: Das Opfer hat wohl nur mit Glück überlebt

Nach fast einem halben Jahr steht der Prozess wegen eines Raserunfalls in der Trierer Ostallee kurz vor dem Ende. In zwei Wochen soll das Urteil fallen.

VON BERND WIENTJES

TRIER Mehr als 15 Minuten brauchte die rechtsmedizinische Gutachterin, um alle Verletzungen aufzuführen, die ein 21-Jähriger im Juli vergangenen Jahres erlitten hat, nachdem er in der Trierer Ostallee von einem Raser erfasst wurde. Der Fußgänger erlitt mehrere Brüche: am Unterarm, an den Unterschenkeln. Das Becken war zertrümmert. Milz und Leber gerissen, der Darm perforiert. Der junge Mann habe eine erhebliche Menge an Blut verloren und zahlreiche Blutkonserven erhalten. Er habe sich nach dem Unfall in einer „konkret lebensgefährlichen“ Situation befunden, sagte die Medizinerin. Ohne die unverzügliche medizinische Versorgung durch einen zufällig am Unfallort anwesenden Notarzt hätte der 21-Jährige nicht überlebt, ist die Expertin überzeugt.

Der Notarzt habe sofort erkannt, dass der junge Mann schwerstverletzt ist, berichtete ein Polizist im

Verlaufe des Prozesses über die Vernehmung des Arztes.

Seit Mai müssen sich zwei Männer, beide 22 Jahre alt, vor dem Trierer Landgericht verantworten. Der eine, weil er Ende Juli vergangenen Jahres den Unfall verursacht haben soll. Dabei soll er mit „höchst möglicher“ Geschwindigkeit am Rande der Trierer Innenstadt gefahren sein. Kurz hinter einer Kreuzung soll er ungebremst den über die Straße gehenden Fußgänger erfasst und danach geflüchtet sein. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Unfallverursacher neben versuchten Totschlags Unfallflucht vor. Erst vier Wochen nach dem Unfall wurde der damals 21-Jährige dann in Berlin festgenommen.

Ein Gutachter sagte im Laufe des Prozesses, dass der Raser mit 90 bis 110 Kilometern pro Stunde unterwegs gewesen sei. Erlaubt sind 50. Das Opfer hatte keine Chance, dem heranrasenden Auto auszuweichen. Laut der damaligen Aussage des Gutachters wäre der Unfall vermeidbar

gewesen, wenn der Verursacher mit 50 gefahren wäre.

Der Mitangeklagte fuhr mit seinem Wagen hinter dem des Unfallverursachers – wohl ebenfalls mit überhöhter Geschwindigkeit. Zunächst ging die Staatsanwaltschaft davon aus, beide hätten sich ein Rennen geliefert. Dieser Vorwurf wurde aber fallen gelassen. Der Mann muss sich wegen Beihilfe zur Strafreitelung vor Gericht verantworten. Ihm wird vorgeworfen, seinem Bekannten geholfen zu haben, das Unfallauto in einer Kleingartenanlage in Trier zu verstecken.

Mit dem Verhandlungstag am Mittwoch biegt der sogenannte Raser-Prozess auf die Zielgerade ein. Das Gericht unter dem Vorsitz von Petra Schmitz beendete die Beweisaufnahme. In gut zwei Wochen, am 22. November, soll dann nach fast einem halben Jahr Prozessdauer und über ein Jahr nach dem Unfall möglicherweise das Urteil gesprochen werden.

Neue Vorwürfe: Staatsanwalt ermittelt gegen Kardinal Woelki

Es wird eng für den umstrittenen Kirchenmann. Hat er in der Aufarbeitung der Missbrauchsfälle gelogen? Eine ehemalige Mitarbeiterin des Bistums Köln plaudert Interna aus.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

KÖLN (dpa) Gegen den Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki laufen seit Mittwoch strafrechtliche Ermittlungen. Untersucht werde der Vorwurf der falschen Versicherung an Eides Statt, sagte der Kölner Oberstaatsanwalt Ulf Willuhn. Darauf stehen im Falle einer Verurteilung bis zu drei Jahre Haft oder Geldstrafe. Auslöser für die Ermittlungen ist ein am Mittwoch im „Kölner Stadt-Anzeiger“ veröffentlichtes Interview mit der ehemaligen Assistentin des Personalchefs im Erzbistum Köln, Hildegard Dahm.

Dahm war von 2013 bis 2017 im Generalvikariat – der Zentralverwaltung des Bistums – beschäftigt. In dem Interview sagt sie, dass sie Woelki frühzeitig über Missbrauchsvorwürfe gegen den früheren Sternsinger-Chef Winfried Pilz informiert habe. Sie habe es „nicht mehr ausgehalten (...)“, Dinge aus erster Hand zu wissen, die den öffentlichen Aussagen von Kardinal Woelki widersprechen“, sagt die Ka-



FOTO: DPA

Gegen Rainer Maria Kardinal Woelki, Erzbischof von Köln, ermittelt die Staatsanwaltschaft.

tholiken. Deshalb habe sie sich dazu entschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Dem 2019 gestorbenen Pilz werden Missbrauchsvorwürfe gemacht.

Woelki hat in einem presserechtlichen Verfahren versichert, erst ab der vierten Juniwoche dieses Jahres mit dem Fall befasst worden zu sein. „Ich werde garantiert nicht hingehen und als Bischof einen Meineid leisten“, hatte er dazu der Deutschen Presse-Agentur gesagt. Doch nun sagt Dahm in dem Interview, sie habe bereits im Januar 2015 persönlich eine Excel-Liste für Woelki erstellt mit allen damals aktuellen Missbrauchsfällen. Auf dieser Liste hätten 14 Namen gestanden,

darunter der von Pilz. Ihr Chef habe die Liste in ein Gespräch mit Woelki mitgenommen. Hinterher habe sie ihren Chef gefragt, was Woelki zu der Liste gesagt habe. Darauf habe dieser geantwortet: „Das hat den Kardinal überhaupt nicht interessiert.“

Vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ darauf hingewiesen, dass Woelki sage, er sei erst im Juni 2022 mit dem Fall Pilz befasst worden, antwortet Dahm: „Das ist nicht wahr. Mag sein, dass er sich das Blatt mit Pilz und den anderen 13 Namen nicht angeschaut hat. Aber befasst habe ich ihn damit. Ganz eindeutig. Deshalb war ich auch so entsetzt über die Selbstdarstellung des Kardinals in der Öffentlichkeit.“

Der oberste Katholik von Bonn, Stadtdechant Wolfgang Picken, sagte, Woelki wäre vermutlich gut beraten, wenn er bis zur Klärung der Vorwürfe seine Amtsgeschäfte ruhen lassen würde, um einer weiteren Eskalation vorzubeugen. Die Ermittlungen ließen sich nur schwer mit der Autorität des Bischofsamtes vereinen.

Warum die Webcams an der Ehranger Brücke keine Bilder mehr zeigen

Wie der Verkehr auf dem Bauwerk läuft, wird seit Monaten nicht mehr übertragen. Kaputt sind die Webcams jedoch nicht. In den USA würde man sagen, dass sie aus Gründen der nationalen Sicherheit keine Bilder übertragen. Die Hintergründe.

VON HARALD JANSEN

TRIER Die Ehranger Brücke ist nicht nur eine in die Jahre gekommene Straßenverbindung über die Mosel. Sie wird aktuell mehr schlecht als recht repariert, um einen Neubau möglichst lange hinauszögern zu können. Die Brücke umweht derzeit auch so etwas wie ein Hauch von Spionage. Denn wie man sieht, sieht man nichts.

An verschiedenen Punkten des Straßennetzes gibt es Webcams, die nichts anderes zeigen als den Straßenverkehr. Man kann beispielsweise sehen, was in der Trierer Straße in Bitburg los ist. Oder wer beim Europabrücken in Kröv unterwegs ist. Daneben gibt es Kameras, die dabei helfen sollen, die Verkehrslage auf wichtigen Straßen besser einschätzen zu können. In



Wer wissen möchte, wie es auf den Luxemburger Autobahnen aussieht, kann sich das jederzeit im Internet anschauen.

FOTO: HARALD JANSEN

Luxemburg gibt es an den Autobahnen davon eine ganze Reihe. In der gesamten Region Trier gibt es deren nur zwei. Diese sind auf der Ehranger Seite der Ehranger Brücke montiert. Wenn man nun wissen will, wie es dort aussieht, erhält man nur den Hinweis

„Leider dürfen aufgrund der aktuellen Sicherheitslage bis auf Weiteres im Mobilitätsatlas keine Webcam-Bilder angezeigt werden. Wir bitten um Verständnis.“

Solch eine Aussage gibt Anlass zu Spekulationen. Fahren dort gerade

Kolonnen mit Leopard-2-Panzern Richtung Ukraine, um von der ukrainischen Armee eingesetzt zu werden? Sind die us-amerikanischen Streitkräfte derzeit mit dem Transport hochsensibler Gerätschaften für die Air-Base in Spangdahlem beschäftigt? Ist auf der Brücke vielleicht eine Autokolonne mit Bundeskanzler Olaf Scholz unterwegs, der auf dem Weg zu seinem Antrittsbesuch in Trier ist? Fragen über Fragen.

Betrieben werden die Webcams vom Landesbetrieb Mobilität. Der teilt auf Anfrage mit, „dass sich die Nichtveröffentlichung der Webcams durch die geänderte Sicherheitslage infolge des Ukraine-Kriegs ergibt“. Auch andere Verkehrsseitenbetreiber, wie beispielsweise der ADAC, verbreiteten aktuell keine Webcam-Bilder mehr.

Hintergrund des Übertragungsstopps ist wohl der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Das Bundesverkehrsministerium hatte kurz nach Kriegsbeginn darum gebeten, die Bilder der Kameras aus dem Netz nehmen zu lassen. Denn die Daten gelten in den Behörden offensichtlich inzwischen als sicherheitsrelevant. Ende Februar hatte ein Sprecher des Ministeriums noch angekündigt, dass bald wieder Bilder von Autobahnen zu sehen sein werden. Das ist bis heute jedoch nicht der Fall.

Offensichtlich ist die Angst vor Spionage via Verkehrswebcams in anderen Ländern nicht so ausgeprägt wie in Deutschland. In Luxemburg beispielsweise sind die Bilder der zahlreichen Kameras weiterhin problemlos abrufbar. Das gilt ebenso für Kameras

in Belgien wie die auf der A 27 bei St. Vith oder die an Maut-Stationen in Frankreich. Was das Ausschalten von Verkehrskameras bringt, hat sich inzwischen mehrfach gezeigt. Als die US-Armee Anfang März Panzer via Eisenbahn durchs Ruhrgebiet nach Polen transportierte, kursierten Bilder und Filme – aufgenommen mit Mobiltelefonen – in Windeseile im Netz. Ebenso war es nach Transporten von deutschen Panzern über die A 6 bei Hockenheim. Es braucht also gar nicht die teils unscharfen Bilder aus großer Entfernung der Verkehrswebcams, um möglicherweise dann doch nicht so geheime Transporte aufspüren zu können.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch